

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
28. November 2012
- 3 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 4 Kostensituation Karl-Liebknecht-Stadion
Vorlage: 12/SVV/0880
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 5 Überplanmäßiger Aufwand - Sportareal Luftschiffhafen
Vorlage: 12/SVV/0883
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße
Vorlage: 12/SVV/0753
Oberbürgermeister
- 6.2 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis
- 6.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 6.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6.4.1 Stand der Verhandlungen mit dem Archiv e.V.
Vorlage: 12/SVV/0884
Oberbürgermeister, KIS, FB Kultur und Museum
- 6.5 Sozialtarif Energieversorgung
Vorlage: 12/SVV/0680
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Bericht über Aktivitäten zur Gründung einer Stiftung gemäß Beschluss zum Uferweg Griebnitzsee 12/SVV/0016 und der Information in der Hauptausschusssitzung am 29.08.12, TOP 5.1
- 7.2 Bericht zur Umsetzung der neuen Regelungen der Trink- und zentralen Abwassergebühren
Vorlage: 11/SVV/0975
aus HA 21.12.2011 - TOP 16.9.1
- 7.3 Information über das Projekt "D 115"
- 7.4 Sanierungsplan Stadthaus
Vorlage: 12/SVV/0879
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. November 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er informiert, dass seitens der Fraktion DIE LINKE folgende Erweiterungen der öffentlichen Tagesordnung beantragt wurden:

- als Tagesordnungspunkt 6.6. - DS 12/SVV/0810 – Theaterschiff –
- sowie unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges:
 - Vorstellungen des Oberbürgermeisters zur dauerhaften Besetzung der Geschäftsführung der SWP
 - Stand des Mediationsverfahrens zum Standort WagenHausBurg
 - Stand der Einrichtung einer Küche in der Coubertin-Schule.

Unter diesem Tagesordnungspunkt werde seitens der Verwaltung auch über den aktuellen Stand der Haushaltsergebnisse berichtet.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 81. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 28. November 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV- Leitung in Marquardt und Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert, dass die angekündigten Gespräche in dieser Woche mit folgenden Ergebnissen stattgefunden haben:

1. werde E.on edis das Planfeststellungsverfahren weiter betreiben;
2. werde in weiteren Gesprächen die Erdverkabelung besprochen, zu der es mehrere Varianten gebe, die noch untersucht werden, um die Kosten zu ermitteln und zu klären, wie diese gedeckt werden;
3. werden die Gespräche im Januar 2013 fortgesetzt.

Herr Dr. Scharfenberg betont seine Freude darüber, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wirkung gezeigt habe und fragt, über welche Trassenführung jetzt gesprochen werde. Dazu, so der Oberbürgermeister, gebe es mehrere Varianten, aber immer in direkter Nähe der Bahntrasse und unter Umgehung der Ortschaft Marquardt.

Herr Schubert fragt nach, ob mit der Beendigung der Gespräche vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zu rechnen sei und wann der Gesprächstermin im Januar stattfindet. Er betont im Weiteren, dass, wenn von Marquardt gesprochen werde, der Ortsteil Golm genauso mit gemeint sei. Dies bestätigt der Oberbürgermeister und entgegnet, dass die Fortsetzung der Gespräche für Ende des Monats Januar verabredet seien. Die Untersuchung der Varianten beziehe sich auf den technischen Aufwand und die Kosten für Marquardt und Golm. E.on edis wolle Rechtssicherheit, dass die Varianten auch möglich sind und befinden sich derzeit sozusagen in einem Abwägungsprozess. Für diese Trassenführung werde auch die Zustimmung der Grundstückseigentümer benötigt; einer davon sei die Landeshauptstadt selbst, so dass das schneller gehen sollte als das Planfeststellungsverfahren. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Grittner, inwieweit auch die Ortsteile mit einbezogen werden, antwortet er, dass das nach den Regeln des Planfeststellungsverfahrens erfolgen werde.

Die Information wird zur Kenntnis genommen und Herr Schubert bittet, da die Kostenfrage mit diskutiert wird, den Antrag so lange **zurückzustellen**, bis das geklärt ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4 Kostensituation Karl-Liebnecht-Stadion
Vorlage: 12/SVV/0880
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein und verweist auf die sich objektiv geänderten Bedingungen, die nach Begutachtung durch die AIOS GmbH zu einer Zuschusserhöhung führen werde.

In der sich anschließenden Diskussion bringt Frau Anlauff einen Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere mit folgendem Wortlaut ein:
Die DS wird um folgenden Absatz ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der erforderlichen Anpassung des Bewirtschaftungszuschusses der Stadt Potsdam für das Karl-Liebnecht-Stadion sicherzustellen, dass neben dem mehrfachen Frauenfußballmeister 1.FFC Turbine Potsdam, der das Karli für seine Bundesliga-, DFB-Pokal- und Champions-League-Heimspiele nutzt, auch

***gemeinnützige Vereine den Kunstrasenplatz kostenlos für den Wettkampf- und Trainingsbetrieb nutzen können.
Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2013 über den erreichten Sachstand zu informieren.***

Sie begründet dies damit, dass der Zuschuss von vornherein bei weitem nicht kostendeckend kalkuliert gewesen sei und die Bewirtschaftungskosten sich durch Umbau und Erweiterung des Stadions deutlich erhöht haben. Bereits vor mehr als 10 Jahren habe die Stadtverwaltung festgestellt, dass in Potsdam mindestens sechs Fußball-Großfeldplätze insbesondere in Babelsberg und im Potsdamer Norden fehlen würden. Inzwischen seien die Platzkapazitäten vollständig ausgeschöpft und einige Vereine nutzen zusätzlich nicht-städtische Sportanlagen, um ihren Spiel- und Trainingsbetrieb aufrechterhalten zu können. Daher erscheine es naheliegend, dass die Stadt Potsdam auch für diese Vereine eine kostenlose Nutzung der Sportanlagen ermöglicht.

Herr Schüler betont, dass er den Antrag mit großer Skepsis sehe und sich die Befürchtung, hier entwickle sich ein Fass ohne Boden, bestätige. Der eingebrachte Ergänzungsantrag sei jedoch folgerichtig. Auf seine Frage, ob der Zuschuss abhängig von einer Kosten-Leistungsrechnung sei, entgegnet Frau Dr. Magdowski, dass das für 2013 zutreffe, rückwirkend aber nicht funktioniere.

Herr Heinzel führt aus, dass die Fraktion CDU/ANW sich bislang dazu bekannt habe, kein Geld dafür zur Verfügung zu stellen, sie werde sich aber der Zustimmung zur Sicherung des Spielbetriebs nicht verweigern und auch den Ergänzungsantrag unterstützen.

Herr Dr. Scharfenberg sieht den Antrag als Ausdruck dafür, dass für das Stadion keine stabile Konstruktion gefunden wurde und dies müsse für 2013 unbedingt erarbeitet werden. Auch die Fraktion DIE LINKE werde dem Antrag zustimmen.

Herr Teuteberg betont, dass diese dauerhafte deutliche Aufstockung des Zuschusses Begehrlichkeiten bei anderen Vereinen wecken werde und suggeriere, dass Finanzquellen auch kurzfristig erschlossen werden können. Hier handele es sich um eine Verdoppelung des Zuschusses und er frage sich, ob das in der Stadt so üblich sei, auch wenn die Notwendigkeit nachgewiesen sei. Deshalb plädiere er dafür, auch darüber nachzudenken, welchen Beitrag der Verein selber leisten kann und dessen Anteil ebenso zu erhöhen.

Herr Schultheiß erinnert an seinen Vorschlag, den Stadionnamen zu verkaufen, denn es sei nicht einzusehen, alles aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren. Ebenso sei die Erhöhung der Eintrittsgelder möglich, so dass er den Antrag ablehnen werde.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass mit der Kosten-Leistungsrechnung eine konkrete Ermittlungsgrundlage für eine Beteiligung des Vereins gegeben sei und sie auch die Einwerbung von Sponsorengeldern „sympathisch“ finde.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere wird zur Abstimmung gestellt und mit 13 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Fassung der DS 12/SVV/0880 zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der gem. Beschluss der SVV vom 06.11.2002 (DS 02/SVV/0725 in Verbindung mit § 6 des Erbbaurechtsvertrages zwischen LHP und SV Babelsberg e. V.) zunächst auf bis zu 150.000 EUR festgelegte jährliche Zuschuss zur Deckung der Gesamtkosten (damals 260.000 EUR p.a.) soll unter Berücksichtigung der Entwicklung der Gesamtkosten (gutachterlich neu ermittelt mit 414.989 EUR p.a.) um 155.000 EUR auf nunmehr 305.000 EUR für das Jahr 2013 erhöht werden.

Voraussetzung für die Bewilligung und Auszahlung des Zuschusses ist die Einführung einer Kostenrechnung durch den SV Babelsberg 03 e. V. zur Nachweisführung der tatsächlich entstandenen Kosten, die Erfassung der Spieltage pro Verein und die Vorlage eines Finanzierungsplanes sowie einer Gewinn- und Verlustrechnung.

Nach Feststellung der tatsächlich in 2013 entstandenen Bewirtschaftungskosten ist für die Folgejahre ab 2014 die Zuschusshöhe neu zu bestimmen und ggf. der Abschluss eines fünfjährigen Zuwendungsvertrages vorzusehen.

2. Für das 2. Halbjahr 2012 wird eine Zuschusserhöhung um 77.500 EUR als überplanmäßiger Aufwand/Auszahlung genehmigt. Dazu erfolgt die Entsperrung der 5%igen Bewirtschaftungssperre i.H.v. 7.250 EUR im Produkt 272011, Konto 5291100.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der erforderlichen Anpassung des Bewirtschaftungszuschusses der Stadt Potsdam für das Karl-Liebknecht-Stadion sicherzustellen, dass neben dem mehrfachen Frauenfußballmeister 1.FFC Turbine Potsdam, der das Karli für seine Bundesliga-, DFB-Pokal- und Champions-League-Heimspiele nutzt, auch gemeinnützige Vereine den Kunstrasenplatz kostenlos für den Wettkampf- und Trainingsbetrieb nutzen können.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2013 über den erreichten Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 5 Überplanmäßiger Aufwand - Sportareal Luftschiffhafen

Vorlage: 12/SVV/0883

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein.

Herr Schubert betont, dass auch hier die Zustimmung gegeben, aber hier ebenso eine dauerhafte Nachsteuerung geprüft werden müsse.

Im Rahmen der Diskussion befinden Herr Schüler und Frau Dr. Schröter die Begründung für die Unabweisbarkeit „etwas dünn“, zumal im vergangenen Jahr ähnliche Probleme aufgetreten seien. So fragt Herr Schüler nach der angegebenen Tarifsteigerung um 41.000 Euro und Frau Dr. Schröter nach den Erwartungen bezüglich der Mehrausgaben für die Folgejahre.

Frau Rademacher führt dazu aus, dass die Tarifsteigerungen im Wirtschaftsplan 2012 nicht enthalten gewesen seien und auch seitens der Stadt hinterfragt wurden. Dieser Betrag sei mit einem entsprechenden Gutachten belegt und gleichzeitig vereinbart worden, diesen nach Rechnungslegung auch nachzuweisen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass man meinen könne, dahinter stecke System, denn dies sei steuerbar. Als Begründung für diese Variante der Betreuung seien die günstigen Kosten angeführt worden – der jetzige „Kleckerbetrieb“ schaffe Unruhe und Misstrauen.

Die Nachfrage von Herrn Schultheiß, ob die Stadt für alle Steigerungen zuständig sei, beantwortet Frau Dr. Magdowski mit ja. Das vermittele den Eindruck, so Herr Schüler, dass die Stadt nicht nur die objektiv entstehenden Risiken tragen müsse; da stelle sich die Frage, wie lange das so weitergehen solle. Zur Stabilität künftiger Forderungen weist Frau Rademacher darauf hin, dass für den Plan 2013/14 das Verfahren umgestellt worden sei und es Steuerungsansätze für die Wirtschaftsplanung gebe. Außerdem nehme die Stadt Einfluss auf die Reduzierung der Ansätze, so dass sich damit die Hoffnung verbinde, in den nächsten Jahren keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben beantragen zu müssen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob für 2013 zu den bereitgestellten Mitteln noch weitere hinzukommen, führt Frau Dr. Magdowski aus, dass nicht alle Fakten bekannt seien, wie das Beispiel des nicht mehr nutzbaren Wohnheims zeige.

Der Hauptausschuss beschließt:

Für den Deckungskreis des Sportareals am Luftschiffhafen (DK 2193 – Aufwand Miete und Zuschuss) wird der überplanmäßige Aufwand/Auszahlung i.H.v. 214.429,32 € im Haushaltsjahr 2012 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	7

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße

Vorlage: 12/SVV/0753

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister verweist auf das zustimmende Votum des Ausschusses für Kultur. Frau Dr. Schröter betont, dass ihre Fraktion eine gemeinsame Lösung mit dem Museum angestrebt habe. Nun sei eine andere Variante vorgeschlagen worden, die aus den Entwicklungsergebnissen resultieren – dennoch werde die Fraktion DIE LINKE dem keine Zustimmung geben. Auf ihre diesbezügliche Nachfrage wird, so Herr Jetschmanegg, die Stiftung „Gedenkstätte Lindenstraße“ heißen.

Herr Schultheiß merkt an, dass die Untersetzung der Planungen bezüglich des

Stiftungsrates und des Stiftungsbeirates fehle. Er empfiehlt im Weiteren, die Institutionen, wie z. B. die VVN zu prüfen, bevor sie aufgenommen werden, um festzustellen, wer Täter und wer Opfer sei.

Der Oberbürgermeister betont nachdrücklich, dass er für eine Diskussion dieser Art nicht zur Verfügung stehe und für ihn die VVN ausdrücklich dazu gehöre. Herr Dr. Scharfenberg bezeichnet die Anmerkung bezüglich der VVN als „ungeheuerlich“; dieser Diskussionsansatz schließe eine ausgewogene Entscheidung aus. Herr Schubert fordert die nötige Sensibilität bei der Führung der Diskussion ein und Herr Schüler weist seinerseits die Unterstellung, die VVN sei eine Täterorganisation, entschieden zurück. Frau Dr. Schröter schließt sich diesen Ausführungen an und betont, dass Herr Schultheiß eine absurde Diskussion ausgelöst habe.

Auf die Nachfrage von Herrn Teuteberg, inwieweit ein demokratisch gewähltes Gremium wie die Stadtverordnetenversammlung Einfluss auf Entscheidungen wie die Berufung der Beiratsmitglieder habe, verweist Herr Jetschmanegg auf die in der Anlage beigefügten Ergebnisse der Diskussion und darauf, dass es noch nicht feststehe, wer konkret berufen werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam gründet eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie soll den Namen „Gedenkstätte Lindenstraße“ tragen. Die Stiftung soll der Förderung des Andenkens an Verfolgte, der Förderung der Erziehung und Volksbildung und der Förderung von Wissenschaft und Forschung dienen. Die Stiftung soll auch der Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege dienen, soweit sich dies auf stiftungseigene Baudenkmale bezieht.

Als Stiftungsvermögen soll das Gebäude Lindenstraße 54/55 in Potsdam sowie eine Einmalzahlung in bar eingebracht werden. Die Landesregierung Brandenburg soll in den Gremien der Stiftung paritätisch vertreten sein, solange sie die Hälfte der Kosten der Stiftung trägt. Der jährliche Gesamtetat zum Betrieb der Stiftung wird ca. 600.000 € betragen.

Die beiliegende Konzeption soll dem Arbeitsauftrag der Stiftung zugrunde gelegt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Satzung für die Stiftung zu erarbeiten, mit den Aufsichtsbehörden abzustimmen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	3

zu 6.2 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Fraktion BürgerBündnis schriftlich mitgeteilt habe, dass sie bei Annahme der DS 12/SVV/0753 ihren Antrag **zurückziehe**.

zu 6.3 Potsdam Museum Lindenstraße 54

Vorlage: 11/SVV/0861

Fraktion DIE LINKE

Da es hierzu keinen Redebedarf gibt, wird der Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die künftige finanzielle und personelle Aufwertung der Gedenkstätte Lindenstraße 54 so auszugestalten, dass die Lindenstraße 54 eingeordnet in die Stadtgeschichte ein immanenter Bestandteil des Potsdam Museums bleibt, um damit weiterhin ein gesamtheitliches Herangehen an die inhaltliche museale Ausstellungs- und Forschungsarbeit zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **9**

Stimmhaltung: **1**

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 6.4.1

zu 6.4.1 Stand der Verhandlungen mit dem Archiv e.V.

Vorlage: 12/SVV/0884

Oberbürgermeister, KIS, FB Kultur und Museum

Gegen das Rederecht für Herrn Kärsten erhebt sich kein Widerspruch. Dieser bedankt sich anschließend für die vielseitige Unterstützung und geht auf die Konzeptänderung des Archiv e.V. sowie die daraus folgenden Auswirkungen ein.

Anschließend bringt Frau Krusemark die Mitteilungsvorlage ein und berichtet über die letzten Gespräche mit dem Verein vom Vortag, geht auf die Historie des Hauses ein, die vertraglichen Vereinbarungen und die erteilten Ausnahme genehmigungen sowie die Inhalte der seit September geführten Gespräche und die Ergebnisse der Prüfung der vorgeschlagenen Varianten. So seien seitens des Vereins jetzt Potenziale aufgezeigt worden, um eine finanzielle Beteiligung zu sichern.

Im Weiteren informiert Herr Richter über das Mietmodell und betont, dass eine Kreditaufnahme für den KIS nicht rentierlich und auf Grund der derzeitigen Situation der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des KIS nicht zuträglich sei.

Auf Bitte des Oberbürgermeisters stellt Herr Kärsten die Zeitschiene für die Auswirkungen der Konzeptänderung dar. So gebe es zum einen verlässliche Positionen, die sich abbilden lassen und zum anderen die nicht verlässlichen, für

die ca. 2- 3 Monate benötigt werden, um deren Belastbarkeit testen zu können. Ebenso auf Nachfrage des Oberbürgermeisters zu den am 31.12.2012 auslaufenden Genehmigungen führt Herr Beck aus, dass er nach dem Protokoll der Brandverhütungsschau und nach 4 Jahren Ausnahmegenehmigungen keine Bereitschaft mehr habe, dieses persönliche Risiko zu tragen. Eine sukzessive Wiederaufnahme nach entsprechenden Sanierungsmaßnahmen sei möglich. Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD den Weg der Grundstücksübertragung als einzig gangbaren sehe. Deshalb sollte mit der Kommunalaufsicht noch einmal geprüft werden, welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. Diese Ausführungen werden durch Herrn Bachmann ergänzt, gegen dessen Rederecht sich kein Widerspruch erhebt und der für die Potsdamer Jusos spricht. Die Jusos schlagen ein Letter of intent vor, in dem sowohl die Stadt als auch der Archiv e. V. das Interesse am Erhalt des Standorts festschreiben. Im Weiteren sollte der KIS schnellstmöglich die für einen Weiterbetrieb dringendsten Maßnahmen ausführen.

In der weiteren Diskussion spricht sich Herr Schultheiß für den Erhalt des Standorts aus, obwohl dies hinsichtlich der haushalterischen Situation und bezüglich der Übertragung des Grundstücks schwer nachvollziehbar sei, so dass aus seiner Sicht nur die Variante 5 übrig bleibe.

Herr Dr. Scharfenberg zitiert in seinen Ausführungen die Festlegungen aus der Hauptausschusssitzung vom 25. Oktober 2008 und betont, dass seitdem über die Thematik diskutiert werde. Er spricht sich dafür aus, einen verbindlichen Zeitraum für die Umsetzung des Beschlusses aus 2008 festzulegen und schlägt vor, bis Ende des I. Quartals 2013 eine Entscheidung zur Variante zu treffen sowie ein Bekenntnis zum Erhalt des Archiv e. V. Ebenso wie die Fraktion SPD bevorzuge die Fraktion DIE LINKE den Weg der Grundstücksübertragung. Sollte dieser nicht funktionieren, sei die Verwaltung durch den KIS bevorzugt.

Herr Kärsten betont, dass die Grundstücksübertragung eine Möglichkeit sei, solvent zu werden; allerdings können bei einer Schließung zum 31.12.2012 die Varianten zur Einnahmesteigerung aus dem Öffentlichkeitsbetrieb nicht ausprobiert werden. Schon ein Tag der Schließung sei betriebswirtschaftlich sehr kritisch. Nicht zu vergessen seien noch weitere Kostensteigerungen in 2013, z. B. durch die GEMA-Gebühren und Energiepreise.

Frau Anlauff fragt nach dem Grund der versagten Zustimmung der Kommunalaufsicht. Sie stelle Verständnislücken fest und fordert ein eindeutiges Signal zum Erhalt des Standorts.

Herr Exner führt zur Variante der Grundstücksübertragung aus, dass damit der Verein eine Sicherheit habe und damit sowohl die wirtschaftliche als auch die Gesamtverantwortung übernehmen könne. Im Ergebnis der Sondierung mit der Kommunalaufsicht wurde festgestellt, dass die kommunalrechtliche Vorschrift greife, Grundstücke nur zum vollen Wert veräußern zu dürfen. Ansonsten müsse die Stadt ein gesondertes öffentliches Interesse nachweisen. Er erläutert die notwendigen finanziellen Aufwendungen für die Stadt und für den Verein sowie mögliche Finanzierungsvarianten. Es stehe die Frage, ob ca. 3 Euro/m² für den Verein ein zumutbares Angebot sei und die Eigenwirtschaftlichkeit des Projekts auch eingefordert werden müsse. Eine Übertragung der Kreditverantwortlichkeit an den KIS müsse sich in dessen Wirtschaftsplan widerspiegeln – werde aber das Kreditvolumen und die Verschuldung des KIS erhöhen. Dafür sollten die in Rede stehenden 3 Monate jedoch nicht genutzt werden.

Herr Heinzel führt aus, dass die Verwaltung ein Zeichen für den Erhalt des

Standorts gegeben habe und die finanziellen Zwänge zum Nachdenken beim Verein geführt haben. Was passiere aber, wenn zum 01.01.13 die Genehmigung der Bauaufsicht fehle?

Herr Schüler stelle sich die Frage, ob mit dem schon im Haushalt zur Verfügung stehenden Geld bereits Maßnahmen ergriffen werden könnten, um den Verein in die Lage zu versetzen, zu leisten, was er leisten soll.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass die 625.000 Euro dafür nicht ausreichen werden; 1,1 Mio. Euro seien für die Erfüllung der minimalen Anforderungen nötig und dafür gebe es keine Legitimation. Damit sei der Vorschlag von Herrn Schüler nicht umsetzbar und den Betrieb einfach weiter laufen zu lassen, gehe auch nicht. Hierfür müsse eine schnelle Lösung gefunden werden und der Verein müsse selbst Interesse daran haben, eine Eigenfinanzierung auf die Beine zu stellen.

Herr Richter merkt an, dass das Gebäude nicht dem KIS gehöre – um es in das Anlagevermögen aufnehmen zu können, bedarf es eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Betriebserlaubnis gesichert wäre, wenn die geforderten Sanierungsmaßnahmen im geforderten Zeitraum getätigt werden, entgegnet der Oberbürgermeister, dass es davor einer Entscheidung über das Modell bedürfe. Auf die Anmerkung von Frau B. Müller, dass das alles schon seit Jahren kommuniziert werde und man nun endlich auf die Jugendlichen zugehen sollte, weist der Oberbürgermeister ein schuldhaftes Verzögerung der Stadt zurück, denn es habe intensive Gespräche gegeben. Und es gebe ein offensichtliches Problem; nämlich die Investitionskosten und die Frage, von wem sie zu tragen seien – diese könne man nicht „wegbeschließen“. Herr Teuteberg merkt an, dass die Stadt viele Angebote gemacht habe, die aber ausgeschlagen wurden. Die neuen Ideen kommen spät, so dass sie nicht ausprobiert werden konnten – der Termin der Schließung zum 31.12.12 stehe schon sehr lange.

Auf Nachfrage betont Herr Beck nochmals, dass es ohne bauliche Veränderungen und ohne Vorlage eines gesicherten Baukonzeptes keine Verlängerung der Betriebserlaubnis geben werde. Daran anschließend weist Herr Schubert darauf hin, dass das keine politische Entscheidung mehr ist und weder Herr Beck noch der Oberbürgermeister dazu verpflichtet werden können, die Bauordnung anders auszulegen. Herr Heuer merkt an, dass die Stadt seit April auf ein Zeichen vom Verein bezüglich der Grundstücksübertragung warte und dieses Signal erst letzten Sonntag gegeben wurde.

Heute, so Frau Dr. Müller, werde es keine Lösung geben. Mit der Schließung werde aber auch allen anderen Finanzierungsmöglichkeiten die Grundlage entzogen. Sie habe von 2008 an die Niederschriften durchgesehen und konnte keine Anhaltspunkte dafür finden, dass „alle“ für das Archiv gekämpft hätten. Entscheidungsfreudig sei dieser ganze Prozess nicht gewesen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Situation aus ihrer Sicht gar nicht so schlimm wie dargestellt sei, weil die notwendigen Zahlen auch aus Erfahrungen anderer, wie freiland oder Lindenpark abzuleiten seien, so dass bis zum 31.12.2012 ein belastbares Finanzkonzept vorgelegt werden könne. Abschließend stellt der Oberbürgermeister fest, dass

1. sich alle darüber einig seien, dass der Verein die Chance haben soll, ein

Finanzierungskonzept aufzustellen und mit Hilfe der Verwaltung die Kreditmöglichkeiten zu prüfen, so dass nach dem I. Quartal berichtet und ein Vorschlag unterbreitet werden könne;

2. der Veranstaltungsbetrieb so nicht fortzusetzen und eine Schließung des Öffentlichkeitsbetriebs unumgänglich sei.

Er schlage vor, dass KIS, Bauaufsicht und Archiv gemeinsam prüfen sollten, mit welchen Baumaßnahmen welche Ergebnisse erzielt werden und zu einer Teilgenehmigung führen können. Bis dahin sollte der Antrag **zurückgestellt** werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Müller fordert, die Frage des besonderen öffentlichen Interesses durch eine belastbare Auskunft der Kommunalaufsicht zu klären. Um eine kurzschrittige Berichterstattung über den Sachstand bittet Herr Dr. Scharfenberg, und zwar auf der Grundlage der geführten Diskussion und der Bekräftigung aller, den Standort erhalten zu wollen.

Die Bitte von Herrn Schubert, die schriftliche Nutzungsuntersagung an alle Fraktionen auszureichen, ist laut Herrn Beck nicht zu erfüllen, da es diese nur dann gebe, wenn der Archiv e. V. trotz der ausgelaufenen Betriebserlaubnis den öffentlichen Betrieb weiterführen würde.

zu 6.5 Sozialtarif Energieversorgung

Vorlage: 12/SVV/0680

Fraktion DIE LINKE

Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde zurückgezogen und ggf. ein eigener Antrag eingebracht, so Herr Schüler. Der Verknüpfung von Sozial- und Spartarif werde die Fraktion nicht zustimmen.

Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen werde, weil sie nicht die EWP als Energieversorger in der Verantwortung sehe. Das, so Frau Müller-Preinesberger, unterstütze sie ausdrücklich. Für die Anpassung der Regelsätze sei der Gesetzgeber gefordert und müsse für sozialbedürftige Menschen nachjustieren.

Herr Schultheiß bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter beauftragt, bei der EWP darauf hinzuwirken, dass die Tarife für Gas, Strom und Fernwärme eine soziale Komponente erhalten und die sozial Schwachen entlasten.

Dieser wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 2 Ja-Stimmen.

Anschließend wird die DS 12/SVV/0680 zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit der Geschäftsführung der EWP Vorschläge zu entwickeln, wie die Erhöhung der Energiepreise durch Formen eines Sozialtarifs für sozial bedürftige Haushalte abgedeckt werden kann.

Dazu ist die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2013 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 10
Stimmenthaltung: 1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6.6 Theaterschiff
Vorlage: 12/SVV/0810

Der Oberbürgermeister informiert darüber, dass gegenwärtig Gespräche zum Verhohlen des Schiffes an die Spitze der Freundschaftsinsel geführt werden. Dieser Liegeplatz gehöre der Weissen Flotte; die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen – das Theaterschiff sei von diesem Vorschlag sehr angetan und die Verwaltung guter Hoffnung, dies umsetzen zu können.

Seinem Vorschlag, den Antrag bis dahin **zurückzustellen**, stimmt Frau Dr. Schröter namens der Fraktion zu, denn der Sachstand komme dem Anliegen entgegen, eine belastbare und längerfristige Lösung zu finden.

Gegen die Zurückstellung bis zur Hauptausschusssitzung am 23. Januar 2013 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Bericht über Aktivitäten zur Gründung einer Stiftung gemäß Beschluss zum Uferweg Griebnitzsee 12/SVV/0016 und der Information in der Hauptausschusssitzung am 29.08.12, TOP 5.1

Frau Krusemark informiert darüber, dass mit Hilfe von externem Sachverstand an der Aufgabenstellung weiter gearbeitet werde und sie hoffe, im März einen Vorschlag unterbreiten zu können.

zu 7.2 Bericht zur Umsetzung der neuen Regelungen der Trink- und zentralen Abwassergebühren
Vorlage: 11/SVV/0975

aus HA 21.12.2011 - TOP 16.9.1

Herr Klipp informiert, dass durch die Einbringung der neuen Satzungen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung am 30.01.2013 in die Stadtverordnetenversammlung für den Kalkulationszeitraum 2013 und 14 gesichert werde, dass die Gebühren für Trink- und Schmutzwasser in der Höhe von 2012 konstant bleiben. Bei der dezentralen Schmutzwasserentsorgung werden die Gebühren gesenkt, bei der Niederschlagswasserentsorgung steigen sie wegen dem Flächenrückgang und der Steigerung der Abwasserabgaben an das Land Brandenburg leicht von 1,15 auf 1,23 €/m². Für die Gebührenentwicklung ab 2015 können heute noch keine belastbaren Prognosen abgegeben werden; dies sei frühestens Mitte 2014 möglich. Angestrebt werde, die Gebühren weiterhin stabil zu halten.

Eine Berichterstattung bzw. Information zu den beiden neuen Satzungen könne somit erst im Januar 2013 durch Mitarbeiter des FB Grün- und Verkehrsflächen und der EWP erfolgen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information über das Projekt "D 115"

Herr Dr. Pokorny erläutert das Projekt „D 115“ an Hand visueller Darstellung und beantwortet anschließend die Nachfragen von einzelnen Mitgliedern des Hauptausschusses.

zu 7.4 Sanierungsplan Stadthaus

Vorlage: 12/SVV/0879

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert die einzelnen Maßnahmen. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass bei der Auswahl Prioritäten gesetzt werden mussten, wie z. B. bezüglich der Bürocontainer.

Herr Schüler macht darauf aufmerksam, dass für den Plenarsaal keine Vorhaben aufgeführt werden, was ihn etwas unruhig mache. Dem schließen sich Frau B. Müller und Herr Teuteberg an, der meint, man solle die Prioritäten so setzen, dass auch die Stadtverordnetenversammlung Berücksichtigung finde.

zu 8 Sonstiges

Vorstellungen des Oberbürgermeisters zur dauerhaften Besetzung der Geschäftsführung der SWP

Der Oberbürgermeister merkt dazu an, dass die Gesellschafterversammlung der SWP am 05. Dezember 2011 eine entsprechende Entscheidung herbeigeführt und der Besetzung mit Herrn Böhme zum 01.01.2012 unbefristet zugestimmt hat. Was jetzt noch anstehe, sei die Umsetzung der Auflage, zwei Geschäftsführer einzusetzen.

Stand des Mediationsverfahrens zum Standort WagenHausBurg

Hierzu führt Frau Dr. Müller aus, dass es diesbezüglich ganz unterschiedliche Auskünfte gebe. Deshalb frage sie, ob es ein Mediationsverfahren geben werde und wer „den Hut dafür aufhabe“. Herr Exner entgegnet, dass kein Mediationsverfahren anstehe – hier müsse es offensichtlich ein Missverständnis geben. Dies begründe sich auch darin, dass es sich um ein schwebendes Verfahren handle und der Geschäftsbereich von Herrn Klipp Verhandlungsoptionen ermitteln solle.

Frau Krusemark ergänzt, dass derzeit die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verbleibs am Standort geprüft und anschließend die Vertreter der WagenHausBurg „an den Tisch geholt“ werden. Eine erneute Berichterstattung sei Ende Januar 2013 möglich.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob das bedeute, es gebe eine Chance für einen dauerhaften Verbleib am Standort, entgegnet der Oberbürgermeister, dass das jetzt noch nicht gesagt werden könne – nach Prüfung werde die Verwaltung wieder in Verhandlungen mit den Bewohnern treten.

Stand der Einrichtung einer Küche in der Coubertin-Schule

Frau Rademacher führt aus, dass eine Sanierung für 2012 vorgesehen war und dafür 100.000 Euro im Haushalt des KIS eingestellt sowie die Planungen abgeschlossen wurden. Nun gebe es neue Forderungen der Schulkonferenz, die eine Ausbildungsküche fordere, wofür Kosten von 430.000 Euro entstehen. Der Fachbereich hat daraufhin ein Konzept abgefordert, das im November 2012 vorgelegt wurde. Im Weiteren habe eine Verständigung zwischen Schule, KIS und Fachbereich stattgefunden. Ende Januar werde dazu eine Machbarkeitsstudie vorliegen.

Stand der Haushaltsergebnisse

Herr Exner führt dazu aus, dass ein entsprechender Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 19. Dezember 2012 vorgelegt werde. Auf Grund der guten konjunkturellen Lage und der positiven Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, nicht benötigter Mittel im FB Soziales, Gesundheit und Umwelt einschließlich eines Überschusses aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie der Verbesserung von 1 Mio. Euro im Beteiligungsmanagement und den Bewirtschaftungssperren werde im Ergebnishaushalt ein voraussichtliches Plus von 10 Mio. Euro erwirtschaftet. Im Investitionshaushalt hingegen gebe es keine Verbesserung und es bleibe beim „Sinkflug“ der Schlüsselzuweisungen. Ebenso bleibe es bei dem prognostizierten Schuldenstand.